



# SiK-Präsident: «Man muss den Guantánamo-Deal neu prüfen»

**Sicherheitspolitiker wollen Aufnahme von Ex-Häftlingen aus dem US-Gefangenenlager in der Schweiz stoppen**

Hinter dem Attentatsversuch auf eine US-Passagiermaschine stehen ehemalige Guantánamo-Insassen. Deshalb fordern jetzt Sicherheitspolitiker, das Guantánamo-Abkommen sei auszusetzen.

VON NADJA PASTEGA

Bei zwei der vermutlich vier Drahtziehern des vereitelten Terroranschlags auf eine US-Passagiermaschine soll es sich laut amerikanischen Berichten um Ex-Häftlinge aus Guantánamo handeln. Das ruft jetzt Schweizer Sicherheitspolitiker auf den Plan: Sie wollen die geplante Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in der Schweiz stoppen.

«**ICH BIN KLAR DER MEINUNG**, dass man den Guantánamo-Deal nochmals neu prüfen muss», sagt Jakob Büchler, St. Galler CVP-Nationalrat und Präsident der nationalrätlichen Sicherheitskommission (SiK). Diesen müsse man «sehr kritisch» anschauen. Bis eine erneute Prüfung abgeschlossen sei, solle die Aufnah-

me von ehemaligen Insassen des US-Gefangenenlagers ausgesetzt werden. «Nach dem Minarettverbot ist die Lage für die Schweiz sicher nicht einfacher geworden», so SiK-Präsident Büchler: «Islamistische Extremisten könnten nun die Schweiz als mögliches Zielland ins Auge fassen.»

Auch der Nationalrat Walter Müller (FDP/SG), ebenfalls Mitglied der SiK, plädiert für einen Aufnahmestopp: «Keine weitere Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen.» SiK-Kollege Roland Borer (SVP/SO) fordert den «sofortigen Übungsabbruch». Der Attentatsversuch zeige, dass die Beurteilung der Häftlinge «extrem schwierig» sei. Keiner sitze «einfach so» in Guantánamo.

Der Schaffhauser SVP-Sicherheitspolitiker Thomas Hurter verlangt ebenfalls: «Diese Übung muss man sofort stoppen.» Es sei nicht einzusehen, warum die USA die Häftlinge in Drittländer abschieben würden. «Es gibt keinen Grund, warum sich die Schweiz ein solches Risiko einhandeln sollte.» Hurter will den Guantánamo-Deal in der Sitzung der SiK Anfang

Jahr auf die Traktandenliste setzen.

**MITTE DEZEMBER** gab der Bundesrat bekannt, dass ein muslimischer Usbeke, der in Guantánamo einsass, aufgenommen werden soll. Zwei weitere Ex-Häftlinge werden als «akzeptabel» eingestuft. Zu diesem Schluss gelangte eine zehnköpfige interdepartementale Arbeitsgruppe unter der Federführung des Justizdepartements (EJPD). Sie studierte US-Akten, dann flog die Arbeitsgruppe zusammen mit einem Arzt und einem Psychologen – in der Business Class – in die USA, um Gespräche mit den Kandidaten in Guantánamo zu führen.

Nach den jüngsten US-Medienberichten, wonach zwei Drahtzieher des Attentats Ex-Häftlinge aus Guantánamo seien, sieht man beim EJPD keinen Grund für eine Neuurteilung. «Wir haben von den entsprechenden Medienberichten Kenntnis genommen», sagt Departementssprecher Guido Balmer: «Die Informationen ändern nichts an der Einschätzung des Usbeken, dessen Aufnahme der Bundesrat am 16. Dezember beschlossen hat.»



**Sonntag MZ Gesamtausgabe**

**03.01.2010**

Auflage/ Seite 84510 / 7

9043

Ausgaben 50 / J.

7628410

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
Sonntag OT	13'595
Sonntag ZT	12'399
Sonntag LiZ	8'504
Sonntag BLZ	20'433
Sonntag SOZ	29'579